

Über Eigeninteressen Dritter wird kaum debattiert

Thomas Jung

Kommentar zur Diskussion in der Rubrik „Krieg und Frieden“ im Magazin Der Schlepper 106

Es beruhigt mich, dass der Vorstand des Flüchtlingsrates keine einheitliche Position zu dem Ukraine-Thema finden konnte zum „Für und Wider zur Bewaffnung der Ukraine“. Vermutlich war die Diskussion im Vorstand thematisch breiter, als das Intro des Debattenbeitrags nahelegt.

In einer komplexen historischen Situation sind klare, eindeutige Positionen populär. Einfache Weltbilder in schwierigen Zeiten tragen jedoch immer ein Risiko in sich: Sie könnten sich früher oder später als politisch/historisch „falsch“ erweisen. Eines Tages. Auch wenn der Gegenwind-Herausgeber als „Gastgeber“ der Schlepper-Verteilung den schleswig-holsteinischen Strack-Zimmermann gibt: Seine jüngsten Beiträge – auch die Rezension eines Buches im aktuellen Gegenwind – stehen exemplarisch für die verbreitete Weigerung, eigene politische Affekte infrage zu stellen.

Wie verlief die aktuelle Kriegsdebatte, wenn die Ukraine nicht als demokratisches Land konnotiert würde, sondern als – sagen wir mal – annähernd ebenso autokratisch wie Russland? Mit Oligarchen, die den Staat weitgehend für ihre Interessen okkupiert haben. Wäre der dringende Impuls, als deutscher Staat mitmachen, Waffen liefern zu sollen bei einem Krieg zwischen zwei Autokratien, derselbe? Was, wenn sich herausstellte, dass die Ukraine keineswegs der demokratische Staat war, ist oder künftig sein wird, als der er jetzt vom Westen aus- und aufgerüstet wird? Eine lupenreine Demokratie ist die Ukraine vor dem Überfall Russlands mutmaßlich nicht gewesen. Im Zusammenhang mit der russischen Invasion in Tschetschenien 1994 beispielsweise erinnere ich keine bekannt gewordenen vergleichbaren „westlichen“ Aktivitäten wie derzeit, wo sogar Trupps von Spezialeinheiten der USA und anderer Staaten in der Ukraine beteiligt sind. Worin unterscheiden sich die allseitigen Interessen?

Jeder überfallene Staat, gleich welcher Rechtsform, darf sich völkerrechtlich gesehen militärisch verteidigen. Es ist

aber ein Kinderglaube, anzunehmen, dass weltweit alle Grenzen Ewigkeitscharakter haben. Historisch fielen mir dafür jedenfalls kaum Beispiele ein. Grenzen werden verschoben und neu gezogen, nach Kriegen, aber auch nach und durch Verhandlungen. Deshalb ist es nötig, Veränderungen, auch von Grenzen, mitzudenken, wenn sie helfen können, Menschenleben zu retten, statt einen totalen Krieg bis zum Endsieg über den Gegner führen zu wollen. Bekanntlich gelingen derart angestrebte Siege selten.

Walter Boehlich schrieb: „Vergessen sind alle Lehren aus allen Kriegen, vergessen die Erkenntnis, dass es sinnlos ist, das zu zerstören, was gerettet werden soll. Es darf wieder gestorben werden, aber es sterben nicht die, die den Krieg gewollt haben, die ihn arrangiert haben – die werden ihn überleben, weil sie die Möglichkeit haben, andere sterben zu lassen, sich zu Krüppeln bomben zu lassen, zu ersticken, zu verhungern, an Seuchen zugrunde zu gehen oder auch nur vor Angst umzukommen.“ Das war 1991, zum Irak-Krieg, ist aber heute ebenso gültig. Wer eine Lösung im Liefern von immer mehr Waffen sieht, sollte sich dazu verhalten. Es sterben eben nicht diejenigen, welche die Waffen liefern. Daher gehört z. B. auch der in dem Debattenbeitrag im Schlepper erwähnte Kissinger-Vorschlag (verkürzt: die Krim ggf. aufzugeben) in den großen Topf politischer Überlegungen. Auch wenn einzelne Protagonisten des Krieges das anders sehen.

Bei keiner heute eingenommenen Position kann tagesaktuell feststehen, dass sie sich am Ende des Krieges als historisch angemessen/vernünftig/richtig erweist.

Kann es politisch richtig sein, die Staatsform der Ukraine militärisch verteidigen zu wollen? Wo steht der Westen, wo

stehen „wir“, wenn das nicht gelingen sollte und die Ukraine nach dem Krieg undemokratisch fortexistierte? Autoritär, aber waffenseidank „westorientiert“? Oder würde der Westen dann Demokratie herbeiputschen müssen?

Die Nato, die G7, der „Westen“ können und wollen nicht begreifen, dass die Welt nicht mehr bipolar, sondern multipolar ist. Das vielleicht ja nur vermeintliche Nicht-Begreifen verorte ich bei den imperialistischen Interessen der Staaten. Den politischen Ordnungsvorstellungen der westlichen Demokratien wird, trotz ihrer Selbstinszenierung als „die Guten“, als angeblich „lernendes System“ in anderen Teilen der Welt vielleicht nicht überwiegend mit offener Verachtung begegnet. Aber, auch in der Haltung zum Ukraine-Krieg, mit zunehmender Distanz (vgl. Lessenich in LMD 4/2023). Der G7 gehören Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die USA und das Vereinigte Königreich an. Afrika, Südamerika, Asien, Arabien: kein Staat dieser Regionen darf am Tisch über die Weltherrschaft mitreden. Dann muss man sich nicht wundern, dass die Haltung des imperialistischen Westens im Ukraine-Krieg nicht jubelnd unterstützt wird. Liegen die Ausgeschlossenen politisch alle falsch, soweit sie an den Segen des Westens nicht mehr glauben mögen?

Wer kann beurteilen, ob es „die Ukraine“ ist, die den Sieg im Krieg um jeden Preis will? Sind das vielleicht doch im Wesentlichen starke Kräfte, welche die Macht haben, sich propagandistisch darzustellen und ihre Interessen als die des ganzen Volkes zu verkaufen? Auch über die durchaus vorhandenen Eigeninteressen zahlreicher Staaten an und in dem Konflikt wird kaum debattiert.

Deshalb wiederhole ich: Es ist gut, dass der Vorstand des Flüchtlingsrats keine einheitliche Position findet. Ich behaupte, nur dann kann über den Krieg Russland gegen Ukraine, die Rolle Deutschlands und der „westlichen Welt“ (die ja fälschlich gern mit der restlichen Welt gleichgesetzt wird) offen diskutiert werden, ohne im Lagerdenksumpf steckenzubleiben. Und dieser politische Streit muss sein, anstatt dass sich Rechthaber-Lager unbeweglich gegenüberstehen.

Thomas Jung ist Mitglied im Flüchtlingsrat SH und hat diesen Beitrag im April 2023 geschrieben



Der Krieg, den Russland gegen die Ukraine angezettelt hat, erhält, wie zwischen Armenien und Aserbaidschan oder Serbien und Kosovo, allerlei Nebenkriegsschauplätze. Neben Russland, Belarus und der Ukraine gibt es noch weitere Länder, aus denen Kriegsdienstverweigerer fliehen.

Den Aufkleber „Asyl für alle Deserteure“ kann mensch vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in beliebiger Anzahl beziehen: office@frsh.de

Vielen Dank!

Wir bedanken uns herzlich bei allen Autor*innen, Fotograf*innen und allen anderen, deren Engagement dazu beiträgt, dass dieses Magazin regelmäßig eine breite Palette von Themen der Migration und Flüchtlingssolidarität im nördlichsten Bundesland und weit darüber hinaus behandeln kann.

Als kleiner Verein sind wir auf die Mitarbeit der zahlreichen Ehren- und Hauptamtlichen angewiesen, die ihre Zeit für das Magazin „Der Schlepper“ verwenden. Daher möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, sich an der Gestaltung von „Der Schlepper“ zu beteiligen. Vorstellungen von besonderen Initiativen, Berichte über aktuelle Entwicklungen und Essays über spannende (Flucht-)Geschichten sind uns stets willkommen.

Die Redaktion von „Der Schlepper“
schlepper@frsh.de

Der Schlepper

Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein